

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Rtn. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14674.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungstafel 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingehalt 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und präseseligen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 205

Sonnabend, 3. September

1921

## Die Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 29. August 1921 und die sächsische Regierung.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben am 29. August auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet“ erlassen.

Unmittelbare Ursache zu diesem Vorgehen ist das Verhalten antisachsischer und konterrevolutionärer Kreise, das seinen eindeutigen Ausdruck in politischen Worten, zuletzt der Ermordung Erzbergers, fand.

In reaktionären Zeitungen wurde diese Wiederkultur geistlich oder hilfsweise getätigt. In Form von militärisch-nationalistischen Feiern wird die monarchistische Propaganda mit demonstrativer Hervorhebung des Schwarz-Weiß-Nat im ganzen Reich mehr oder weniger offen betrieben. Absichten und systematische Organisation dieser Treiberkreise sind unverkennbar.

Die Reichsregierung will diesem Treiben durch die erlassene Verordnung und weitere Maßnahmen entgegenwirken. Sie fordert in einem Aufrufe dazu auch die Unterstützung der Organe des Reiches und der Länder.

Die sächsische Regierung ist bereit, dieser Aufforderung energisch zu entsprechen. Sie ist sich bewußt, daß die Verwirklichung dieses Zweckes davon abhängen wird, wie die Maßnahmen durchgeführt werden. Alle Polizeibehörden erhalten entsprechende Anweisung.

Von der Beamtenschaft wird unbedingt verlangt, daß sie die sächsische Regierung in dem Streben, die republikanisch-demokratischen Einrichtungen zu schützen und weiter zu fördern, unterstützt und alle aus diesem Grunde angeordneten Maßnahmen schnell und wirksam durchführt. Beamten und Angestellten, die das nicht wollen oder können, wird nahegelegt, die daraus entstehenden Folgen zu ziehen.

Die sächsische Regierung erwartet ferner, daß sie mit diesem ihrem Vorgehen Zustimmung und Unterstützung aller sozialistischen und demokratischen Volkselemente findet wird.

Dresden, den 2. September 1921.  
Das Gesamtministerium.  
Sud.

## Verbot aller militäristischen nationalisierenden Veranstaltungen.

(S. K.) Das Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden des Landes angewiesen, auf Grund von § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 bis auf weiteres alle militäristischen nationalisierenden Veranstaltungen, insbesondere alle Regimentstreffen, zu verbieten.

## Grundsätze des Reichspräsidenten bei Begnadigungen.

Berlin, 1. September. In der Presse sind wiederholt Nachrichten über eine Begnadigung der an mitleidigen Auffand Beteiligten und auch die Sondergerichte verurteilten Personen verbreitet worden. Diese Meldungen sind durchweg irreführend, insbesondere soweit zahlenmäßige Angaben über die Begnadigungsfälle gemacht werden. Der Reichspräsident ist bei Gnadenbewerben in Übereinstimmung mit den in der Reichstagsresolution über die Begnadigung auszusprechenden Grundsätzen verfahren. Es hat insbesondere eine Nachprüfung der durch die Sondergerichte verhängten Justizstrafen stattgefunden, und hier hat die Gnadenbewerben in geeigneten Fällen und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles in größerem Umfang die Umwandlung der erkannten Justizstrafen in Gefängnisstrafe, in einzelnen Fällen auch Haftstrafe eintreten lassen. Die Hauptaufgabe besteht darin, die durch Generalstrafe, Nordbrennerei oder andere gemeine Verbrechen an dem Aufstand beteiligten waren, begnadigt und aus der Haft entlassen worden seien, ist falsch. Der Reichspräsident wird sich bei der ersten Gelegenheit im Reichstage über die Handhabung des Begnadigungsrechtes äußern. Eine zahlenmäßige Übersicht über das Ergebnis des Gnadenverfahrens wird dem Reichstage schleunigst vorgelegt werden.

## Der Völkerbund und Oberschlesien.

### Ämtliche Mitteilung des Völkerbundrates.

Genf, 1. September. Die für heute nachmittags 4 Uhr anberaumte Sitzung des außerordentlichen Session des Völkerbundrates, die sich mit der obereschlesischen Frage beschäftigte, dauerte eine knappe halbe Stunde. Es wurde darauf folgende ämtliche Mitteilung herausgegeben:

1. Am dem Rat die Möglichkeit zu geben, sich in völliger Unabhängigkeit seine Meinung über die ihm unterbreitete Frage zu bilden, sind seine Mitglieder einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß es wünschenswert sei, eine vorläufige Prüfung der Frage durch Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vorzunehmen, also von solchen Staaten, die an den vorangegangenen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben.

2. Den Vertretern dieser Mächte erwünscht die Aufgabe, die verschiedenen Grundlagen dieses Problems zu prüfen sowohl nach dem Obersten Rat übermittelten Dokumenten als auch mit Hilfe sonstiger Informationsquellen.

3. Es werden das Recht haben, alle diejenigen Berichte einzufordern, die sie als nützlich erachten, und die erforderlichen technischen Berichte beschaffen. Wünschenswert ist, daß die zu beratenden Sachverständigen an den vorhergegangenen Untersuchungen und Diskussionen nicht teilgenommen haben und, soweit es möglich ist, unter denjenigen Parteien ausgewählt werden, die bereits an den Arbeiten der technischen Organisationen des Völkerbundes teilgenommen haben. Einwohner des obereschlesischen Gebietes — Deutsche sowohl wie Polen — können berufen werden, um mündliche Auskünfte über die Ortsverhältnisse zu geben.

4. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden die Einrichtungen des Völkerbundrates zu allen Zwecken, die sie für erforderlich halten, zur Verfügung haben.

5. Sie werden ihre Arbeiten nach freiem Ermessen verrichten, ohne daß ein bestimmtes Verfahren festgelegt wird. Sie werden dann dem Rat Rechenschaft ablegen, der die Arbeiten einzeln weiter verfolgen wird, und jederzeit zusammenzutreten kann, um die Ergebnisse der augenblicklichen Untersuchung zu prüfen.

6. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden die Öffentlichkeit über die Handhabung des Begnadigungsrechtes aufklären. Eine zahlenmäßige Übersicht über das Ergebnis des Gnadenverfahrens wird dem Reichstage schleunigst vorgelegt werden.

In der Öffentlichkeit wird auch die Nachsicht verbreitet, daß Holz begnadigt worden sei oder werden soll. Eine solche Maßnahme ist niemals in Erwägung gezogen worden.

### Das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 1. September. Wie die Abendblätter melden, hatte Ministerpräsident Briand heute eine Besprechung mit Loucheur über die Einzelheiten des Wiesbadener Abkommens.

### Rücktritt des Finanzministers Doumer?

Paris, 2. September. Wie Marcel Hutin im „Echo de Paris“ mitteilt, ist es leicht möglich, daß Finanzminister Doumer im Verlaufe des heutigen Kabinettsrates zurücktritt. Er wird durch Loucheur ersetzt werden, an dessen Stelle ein Senator Wiederaufbauminister werden wird. Es ist aber auch möglich, daß das Kabinett zurücktreten wird. Es wird dann aber nur eine kurze Krise sein, die wahrscheinlich in einem Tage gelöst werden wird.

### Unruhen in Neuhalbensleben.

Magdeburg, 2. September. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In Neuhalbensleben sollen von den Rechtsparteien große schwarz-weiß-rot umrandete Plakate mit dem Aufdruck „Es lebe die Monarchie!“ angebracht worden sein. Der Arbeiterverband bemächtigte sich eine große Erregung. Sie drang in die Häuser ein und holte die Führer der Rechtsparteien heraus und zog sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum verhöhnt wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen und Verwundungen nicht vorgekommen. Schuppelzüge sind von Magdeburg nach Neuhalbensleben unterwegs. Mehrere Einzelheiten wurden bisher noch nicht festgestellt.

### Die Dauer der Prüfung.

Lugano, 2. September. Nach einer Meldung des Genfer Korrespondenten des „Corriere della Sera“ wird die mit dem Studium der obereschlesischen Frage betraute Kommission ihre Tätigkeit in zwei bis drei Wochen beendet haben, sodas der Kommissionsbericht Ende September der Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden kann. Der Schiedspruch über Oberschlesien wird im Oktober erwartet. Wie der Korrespondent hinzusetzt, herrscht in gutunterrichteten Kreisen des Völkerbundes über den Ausgang der Verhandlungen über die obereschlesische Frage großer Optimismus. Diese Meinung wird auch vom Korrespondenten des „Secolo“ am Sitz des Völkerbundes bestätigt.

### Die Vertreter Deutschlands und Polens im Völkerbundrate.

Berlin, 1. September. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Genf: Der belgische Delegierte Homans wird in der heutigen Sitzung des Völkerbundes vorschlagen, man solle die Vertreter Polens und Deutschlands zu gemeinsamen Beratungen unter dem Vorsitz des Grafen Joffe nach Genf berufen.

### Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Athen, 1. September. Ämtlicher Kriegsbericht vom 31. August. Nach dem bis heute abend eingegangenen ämtlichen Bericht ist der Friede nach sechsentägiger erbitterter Schlacht bei den fast befestigten Anhöhen auf dem nördlichen Ufer der Flüsse Goel und Katanbji auf der ganzen Linie gewichen. Die Schlacht fand auf einer Front von Torfe Kovel am östlichen Ufer des Sangarios bis 60 km östlich davon statt. Die auf dem Rückzuge befindlichen türkischen Streitkräfte werden von den griechischen Truppen stark verfolgt.

### Ein neues Sultanat in Arabien.

London, 2. September. Eine ämtliche Mitteilung des Kolonialministeriums gibt bekannt, daß die britische Regierung den Emir Ibn Saud als Sultan des Nedjed und der damit zusammenhängenden Gebiete anerkannt habe. Der neue Sultan habe in seiner Antwort mit Befriedigung die freundschaftliche Haltung Großbritanniens ihm gegenüber festgestellt und seine Bereitwilligkeit betont, den Emir Ismail als König des Irak anzuerkennen. (Die Hochfläche des Nedjed erstreckt sich im Herzen Arabiens zwischen dem Persischen Golf im Osten und dem Hedjas im Westen.)

### Der Woplah-Aufstand.

London, 2. September. Daily Telegraph meldet aus Kalkutt, daß der Aufstand der Woplah nach schweren Verlusten der Woplah so gut wie unterdrückt worden ist. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.

### Der Woplah-Aufstand.

Kalkutt, 1. September. Um jede Möglichkeit einer Entweichung der Woplah von Taurangadi, wo sich die Aufständischen verschanzt haben, auszuschließen, werden die Behörden Drohtürme um die Woplah errichten und die Aufständischen durch Hunger zur Übergabe zwingen.

## Vom Deutschtum in Südafrika.

Durch den Krieg ist der Entwicklung des Deutschtums in Südafrika ein schweres Hemmnis bereitet worden, und damit sind die Ergebnisse einer schon Jahrhunderte alten Arbeit gefährdet. Wie groß der Anteil des Deutschtums an dem Aufbau der südafrikanischen Staaten gewesen ist, zeigt Dr. H. Blumhagen in einem materialreichen kleinen Buche, das er unter dem Titel „Südafrika“ als siebenten Band der Auslandswegebücher bei E. Friedländer u. Co. in Hamburg erscheinen läßt. Das Land des immerwährenden Sonnenscheins hat von jeher eine starke Anziehungskraft auf den deutschen Auswanderer ausgeübt. Überall begegnet man auf Schritt und Tritt Spuren deutscher Herkunft, deutscher Arbeit und deutschen Einflusses, wie das Deutschtum auch einen nicht unerheblichen Anteil beim Aufbau der Burennation gehabt hat. Drei Jahrhunderte hindurch hat Südafrika einen bald stärker, bald schwächer fließenden deutschen Einwandererstrom in sich aufgezogen, leider meist so gründlich, wie ein trodenes Flußbett in Südafrika das Regenwasser verschluckt. Schon unter den Goldraubern der ersten holländischen Niederlassung am Kap waren zahlreiche Deutsche. Dann kamen nach den napoleonischen Kriegen eine größere Anzahl deutscher Handwerker und Bauern herauf. In späterer Zeit wurden auch, besonders in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, geschlossene Gruppensiedlungen gegründet, von denen die bedeutendsten im Hinterlande der Hafenstadt Galloway um den Platz King Williamstown herum liegen. Eine solche Siedlung, die 1858/59 begründet wurde, zählt heute gegen 10000 Seelen; die Anwesenden haben sich fast alle zu wohlhabenden Großbauern herausgearbeitet, und sie haben ihr Deutschtum gut bewahrt. Die Anwesenheiten liegen zerstreut um mehrere Kirchplätze wie Berlin, Frankfurt, Braunschweig und Stutterheim. Das größte Verdienst um die Erhaltung des Deutschtums haben sich in Südafrika die deutschen Schulen und die meist mit ihnen verbundenen deutschen Schulen erworben. Die letzteren wurden mit wenigen Ausnahmen geschlossen, aber es ist zu hoffen, daß sie bald wieder eröffnet werden können. Während des Krieges waren 2900 Deutsche in Südafrika interniert, und den Rückinternierten hat man das Leben lauer gemacht. Das Privatvermögen der Deutschen wurde auch beschlagnahmt, aber die Union hat beschlossen, die Erlöse aus dem beschlagnahmten Eigentum nicht dauernd für sich zu behalten, sondern in Form einer Anleihe als verzinsliches Darlehen zu nehmen. Es werden Anleihezertifikate in Höhe des Liquidationsverlustes gegeben, die nach Ablauf der Darlehensfrist eingelöst werden oder vorher durch Bezahlung oder Verpfändung verwertet werden können. Die Gesamtzahl der Deutschen in Südafrika, die heute noch als Deutsche angerechnet sind, wird in der Kapkolonie auf 17000, in Transvaal auf 12000, im Freistaat auf 1000, in Natal auf 2500 bis 3000, insgesamt auf 30000 bis 35000 geschätzt. Man begegnet den Deutschen überall in der Union; in den größeren Städten sind sie Großkaufleute, in kleineren Orten Handwerker, insbesondere auch Uhrmacher, Bierbrauer, Fabrikanten, Ärzte und Zahnärzte. In der Goldstadt Johannesburg waren vor Kriegsausbruch fünf bis siebenhundert Deutsche ansässig. Eine erhebliche Veränderung der Zahl ist durch den Krieg nicht eingetreten. Es sind nur 1176 Deutsche, darunter 450 Frauen und Kinder, seit Kriegsende teils freiwillig, teils unfreiwillig heimgekehrt worden; eine stärkere Rückwanderung nach Deutschland ist jedoch kaum zu erwarten. Das weitere Schicksal des Deutschtums in der Union ist nicht mit Sicherheit vorauszusagen. Die gemeinsamen Leiden im Kriege haben die Deutschen mehr zusammengeführt, und der weitere Druck wird diesen Zusammenhalt noch fördern. Das Schicksal wird aber schon aus Mangel an Mitteln kaum wieder auf die alte Höhe zu bringen sein, und damit ist natürlich eine dauernde Schwächung des Deutschtums verbunden. Eine stärkere deutsche Einwanderung ist für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten. Aber die Hoffnung auf die Erhaltung und Kräftigung des Deutschtums ist besonders durch den Zusammenstoß mit den Deutschen in der früheren Kolonie Südwestafrika ge-